

Tischvorlage

(Amt - Aktenzeichen)

Fb 7 / Höhn

Vorlagen-Nr. 1663/2009-2014

Zur Sitzung
Bauausschuss

27.11.2013 öffentlich Entscheidung

Beratungs-
gegenstand

Straßenvollausbau der Nordstraße in Lülsdorf - Nachtragserläuterung zu TOP 3

Haushaltsmittel
vorhanden

- ja
 nein
 entfällt

Wenn ja

Kostenstelle: 073410
Kostenträger: 12010200
Sachkonto: 092702

Wenn nein

Deckungsvorschlag:
Kostenstelle:
Kostenträger:
Sachkonto:

Stellungnahme Kämmerer:

Sachverhalt:

Im Straßenbauprogramm der Stadt ist der Ausbau der Nordstraße von Langeler Straße bis Stahlenstraße für 2014 vorgesehen.

Mit der Planung wurde das Ingenieurbüro Kluge & Schlupp beauftragt. Ein Vertreter des Ingenieurbüros hat die Planung in der Sitzung des Ausschusses am 05.06.2013 vorgestellt.

Die Bürgeranhörung fand am 20.11.2013 im Sitzungssaal des Rathauses statt.

An der Bürgeranhörung nahmen 84 Bürger/innen teil. Die Niederschrift über diese Bürgeranhörung ist als Anlage beigefügt. Die Teilnehmerliste ist aus Gründen des Datenschutzes nicht beigefügt. Sie kann bei der Verwaltung von berechtigten Personen eingesehen werden.

Den Anwesenden wurde die im Ausschuss vorgestellte Planung erläutert.

Zu Anfang der Bürgeranhörung war die Stimmung sehr gereizt. Die Anwesenden wiesen auf die mangelnde Verkehrsberuhigung des derzeit vorhandenen Ausbaus hin, bemängelten eine unzureichende Beschilderung der „Tempo-30-Zone“, wiesen darauf hin, dass die Linienbusse regelmäßig am Ende der Nordstraße mit laufendem Motor Pause machen und die Fahrer/innen in die umliegenden Gärten hinein ihre Notdurft verrichten.

Das Erfordernis des Ausbaus wurde zunächst grundsätzlich in Frage gestellt. Die Anwesenden führten den Zustand der Straße auf

- den Busverkehr
- den Baustellenverkehr zu Neubaugebieten
- den mangelhaften Verschluss von Aufbrüchen

zurück und machten deutlich, dass über die beitragspflichtige Erneuerung großer Unmut herrscht.

Mehrfach wurde auf eine deutlich überhöhte Geschwindigkeit aller Verkehrsteilnehmer/innen (ÖPNV, PKW-Verkehr) hingewiesen.

Die Verwaltung versuchte den Anwesenden zu verdeutlichen, dass die genannten Verkehre und Belastungen einer Straße zu deren Lebensschicksal gehören und nach ca 35 – 40 Jahren die gewöhnliche Lebensdauer einer Straße abgelaufen und eine Erneuerung, unabhängig von allen anderen Begleiterscheinungen, erforderlich ist.

Die Verwaltung sagte zu, ein Gespräch mit der RSVG im Hinblick auf das Pausenverhalten der Fahrer/innen zu führen. Sie machte im weiteren Verlauf der Bürgeranhörung deutlich, dass der Busverkehr auf lange Zeit auf der Nordstraße erhalten bleibt.

Sie stellte in Aussicht, nach Abschluss der Baumaßnahme mittels des Seitenradarmessgerätes das Geschwindigkeitsverhalten zu überprüfen und zu prüfen, ob auf der Fahrbahn – neben einem größeren und besser sichtbaren „Tempo-30-Zone“ Schild – zusätzlich Piktogramme aufgebracht werden können um auf die Fahrzeugführer/innen einzuwirken.

Die Anwesenden drängten darauf, auf der Nordstraße Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen. Die Verwaltung sagte zu, nach Abschluss der Ausbauarbeiten deswegen Kontakt mit der Kreispolizeibehörde aufzunehmen.

Dies alles fand statt, bevor Herr Schlupp Gelegenheit hatte, die Vorplanung vorzustellen.

Auch die anschließende Vorstellung der Vorplanung wurde immer wieder durch Zwischen- und Verständnisfragen unterbrochen.

Nachdem Herr Schlupp den geplanten Ausbau mit beidseitigem Gehweg, den Geschwindigkeit reduzierenden Elementen und deren Funktionsweise sowie die schmalere Fahrbahnbreite als weiteres Geschwindigkeit dämpfendes Element vorgestellt hatte, beruhigten sich die Gemüter und die Veranstaltung wurde deutlich sachlicher.

Die Art und Weise des geplanten Ausbaus wurde nach den Erläuterungen durch Herrn Schlupp akzeptiert. Anregungen oder Vorschläge zu Änderungen ergaben sich nicht oder wurden nach zusätzlichen Erläuterungen durch Herrn Schlupp und die Verwaltung nicht weiter verfolgt.

Aus der Mitte der Anwesenden wurde angeregt, den Anteil der Beitragspflichtigen für die Fahrbahn, die Oberflächenentwässerung und die Beleuchtung weiter zu reduzieren (der Anteil der Beitragspflichtigen beträgt bei einer Haupterschließungsstraße für diese Teileinrichtungen 45 %, die Kosten des Gehweges werden mit 65 % auf die Beitragspflichtigen umgelegt).

Außerdem wurde angeregt, Leerrohre in die Straße zu legen, um künftige Aufbrüche für die Neuverlegung von Telekommunikationseinrichtungen zu vermeiden.

Die Verwaltung sieht keinen Spielraum hinsichtlich der Anregung, den Kostenanteil der Beitragspflichtigen über den in der Satzung festgelegten Anteil von 45 % des erforderlichen Aufwandes hinaus zu reduzieren.

Die von den Anwesenden ins Feld geführten Gründe sind durch die Abstufung in der Satzung im Vergleich zur Anliegerstraße (Anteil der Beitragspflichtigen = 65 %) hinreichend berücksichtigt.

Die angeregten Leerrohre sind bereits in der Planung berücksichtigt. Diese Tatsache war der Verwaltung in der Bürgeranhörung nicht mehr gegenwärtig. Dem Anliegen ist also bereits Rechnung getragen.

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung, den Ausbau der Nordstraße auf der Grundlage der am 05.06.2013 vorgestellten Planung auszuführen.

Der Ausschuss sieht aus dem in den Erläuterungen dargelegten Grund keine Möglichkeit, dem Rat der Stadt Niederkassel zu empfehlen, den Anteil der Beitragspflichtigen gemäß § 3 der Straßenbaubeitragssatzung weiter zu reduzieren.

Anlagen:

Niederschrift